

BEBAUUNGSPLAN, FLUR 37 GEMEINDE DEHRN

Planzeichen und Festsetzungen

= Stellung der Gebäude (unverbindlich)

= Öffentliche Verkehrsfläche

= Fläche für die Landwirtschaft

= Mit Leitungsrechten zu belastende Fläche (BBauG § 9 Abs. 1 Nr. 11)

= Trafostation

____ = Geplante Grundstücksgrenzen (unverbindlich)

____ = Baugrenze

= Straßenbegrenzungslinie

= Grenze des räumlichen Geltungsbereiches

a) Art der baulichen Nutzung b) Maximale Geschoßzahl

c) Bauweise
d) Grundflächenzahl
e) Geschoßflächenzahl

Die Mindestgröße der Baugrundstücke beträgt 600 qm.

Bei eingeschossigen Gebäuden: Drempel bis 0,50 m und Dachgaupen zulässig. Die Dachgaupenlänge darf 2/3 der Dachlänge nicht überschreiten.

Bei zweigeschossigen Gebäuden: Drempel und Dachgaupen nicht zulässig, Dachneigung bis 3000.

Farbe der Dacheindeckung: Alle dunklen Farben Jeder Grundstückseigentümer hat einen Wageneinstellplatz - Tiefe 6,00 m - für einen PKW zu schaffen. Diese Fläche darf nicht eingefriedigt werden. Die Auflage ist unabhängig von dem Umstand, ob ein eigener Wagen vorhanden ist oder nicht. Bei Garagen, die mit schriftlichem Einverständnis ob ein eigener Wagen vorhanden ist oder nicht. Bei Garagen, die mit schriftlichem Einverständnis des angrenzenden Nachbarn an der Grundstücksgrenze errichtet werden, darf die Gebäudehöhe i.M. nicht mehr als 2,50 m und die Länge nicht mehr als 6,50 m betragen. Die Grenzwand zum Nachbarn ist bis zur Benutzungsabnahme in hellem Farbton zu verputzen oder in gefugtem Mauerwerk herzustellen. Straßenseitige Einfriedigungen (außer Bepflanzung) dürfen an keiner Stelle höher als 1,00 m über

Höhenlage der baulichen Anlagen:

OK Bürgersteig sein.

Eingeschossige Bauweise: Die Traufhöhe darf gemessen von OK Gelände i.M. 4,50 m nicht überschreiten. Zweigeschossige Bauweise: Die Traufhöhe darf gemessen von OK Gelände i.M. 6,00 m nicht überschreiten.

Begründung:

Die Gemeinde Dehrn hat die Ausweisung von Baugebiet teschlossen. Die Erschließung erfolgt über bestehende öffentliche Wege und neu anzulegende Wohnstraßen. Die Wasserversorgung erfolgt vom vorhandenen Ortsnetz aus. Die Abwasserleitungen werden an die bestehende Ortskanalisation angevorhandenen Bis zur Inbetriebnahme einer zentralen Kläranlage müssen Hauskläranlagen errichtet

Die überschläglich ermittelten Kosten werden ca. 210.000,-- DM betragen. Es gilt die Baunutzungsverordnung 1968 (BGBl. I S. 1237). Als bodenordnende Maßnahme wird eine Umlegung durchgeführt.

Bearbeitet: Limburg, im August 1970

Der Kreisausschuß des Landkreises Limburg Kreisbauamt -

Nach Beteiligung der Träger öffentlicher Belange offengelegt in der Zeit vom 10.9.1970bis 10.10.1970 Als Satzung beschlossen von der Gemeindevertretung am 24.5.1971.



Bürgermeister

Der genehmigte Bebauungsplan wird in der Zeit vom 20. 7. 1471 bis 6. 9. 1971 im Bürgermeisteramt öffentlich ausgelegt.

Die Auslegung wird gleichzeitig ortsüblich bekanntgemacht. Der Bebauungsplan ist rechtsverbindlich ab 26.8.1471

Es wird bescheinigt, daß die Grenzen und Bezeichnungen der Flurstücke mit dem Nachweis des Liegenschaftskatasters über-

Bürgermeister